

Hier und Heute  
[09.11.2007]

Ostbelgische Allparteiengespräche nach dem 15. November

**»Dafür sorgen, dass DG nicht vergessen wird«**

Von Jürgen Heck

**Am Tag nach der als historisch bezeichneten Abstimmung im Innenausschuss der Kammer zur Aufspaltung des Wahlbezirks Brüssel-Halle-Vilvoorde hat die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft angekündigt, dass sie alle hiesigen demokratischen Kräfte nach dem 15. November zu Allparteiengesprächen einladen werde.**

Ziel ist es, den so genannten Aschermittwochkonsens mit Blick auf die weitere Entwicklung des Föderalstaats vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entwicklung zu vertiefen. Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz (SP) und seine Regierungskollegen waren sich einig in der Einschätzung, dass es an der Zeit sei, den Standpunkt der DG in der nationalen Öffentlichkeit darzulegen.

### **Vlaams Belang-Rolle**

Die Reaktionen nach der BHV-Abstimmung hätten gezeigt, dass alle Befragten ständig von »den zwei Gemeinschaften« geredet hätten. »Wir müssen dafür sorgen, dass die DG nicht wegrationalisiert, nicht vergessen wird«, so Lambertz, der die viel gelobte belgische Kompromissbereitschaft durch eine Veränderung der »Großwetterlage« vor einer schweren Belastungsprobe sieht. Als veränderte Parameter hat der Eupener Regierungschef dabei den Kampf um die politische Führungsrolle in der Wallonie und die dominante Rolle der flämischen Rechtsextremen ausgemacht. Dass die Mehrheit im Innenausschuss mit den Stimmen des Vlaams Belang zustande kommen konnte, ist denn auch für Lambertz ein großes Problem. Auch Isabelle Weykmans (PFF) hat eine »Klimaveränderung« ausgemacht.

### **Klarere Staatsstruktur**

Dass Flamen und Wallonen sich auseinander gelebt haben (»dissoziativer Föderalismus«, so Lambertz), führt Unterrichtsminister Oliver Paasch (PJU-PDB) auf die mangelnde Sprachkompetenz zurück. Für die DG wiederholte Paasch die langfristige Vorstellung einer Gemeinschaft-Region. Vielleicht werde es eine Regierung ohne Staatsreform geben, doch Paasch befürchtet, dass dies nur ein Aufschub sei, denn Belgien benötige eine klarere Staatsstruktur.

Bernd Gentges (PFF) geht davon aus, dass die Vorfälle von Mittwoch sich als heilsamer Schock erweisen werden. Der Vize-Ministerpräsident hat ausgemacht, dass die Flamen auf jeden Triumphalismus nach ihrem Abstimmungserfolg verzichten haben.»Jetzt beginnt der Dialog und daher bin ich zuversichtlich«, so Gentges.

### **Heikle Aufgabe**

Wenn die Französische Gemeinschaft tatsächlich die Prozedur des Interessenkonflikts aktiviert und der Konzertierungsausschuss sich dieses Themas annehmen muss, bekommt der Konflikt zwischen den beiden großen Sprachgruppen für die Deutschsprachige Gemeinschaft im übrigen eine neue Qualität, da der DG-Ministerpräsident dem Gremium angehört und folglich an dem einstimmig abzugebenden Gutachten mitwirken muss.

Die Strategie der DG, sich aus dem Streit zwischen Flamen und Wallonen herauszuhalten, geht in diesem Fall nicht auf. Karl-Heinz Lambertz sieht dieser Aufgabe trotz seines gerüttelt Maß Erfahrung mit gemischten Gefühlen entgegen, da sich die Gemeinschaft eventuell positionieren muss. Vorsicht sei geboten, wenn man keine unnötigen Ressentiments schüren wolle. Aus diesem Grunde will er dieses Thema nicht nur auf Ebene der Regierung und der sie tragenden Koalition, sondern auch bei den Allparteiengesprächen aufs Tapet bringen.